



öffentlich

**Betreff:**

Transparenz von Prüfungsfeststellungen des RPA

Erstellungsdatum 13.03.2003

Eingang 02:

**Einreicher:** Stadtverordneter Kruczek

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.04.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die zur Veröffentlichung bestimmte Kurzfassung des jährlichen Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes wird um eine Anlage mit Informationen zu besonderen Einzelfeststellungen ergänzt.

gez. Stadtverordneter Kruczek  
Fraktion BürgerBündnis

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

---

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die seit vielen Jahren auf Verwaltungseffizienz und Haushaltskonsolidierung ausgerichteten Prüfberichte des RPA erreichen – gemessen an ihrer Aussagekraft und Solidität – nur sehr selten ein konsequentes Umsteuern im Verwaltungshandeln. Als Beispiel sei eine Formulierung aus dem veröffentlichten Schlussbericht von 1999 genannt, wonach das „Sport- und Bäderamt seine Mieteinnahmen und die Erstattung von Betriebskosten nicht in der gebotenen Konsequenz“ verfolgt hätten. Konsequenzen wurden daraus kaum gezogen, obwohl das RPA in seinem – allerdings nicht veröffentlichten Prüfbericht 10/99 – allein durch Stichprobenkontrollen 1,3 Mio. DM Verluste durch das Sport- und Bäderamt nachwies – ohne den Fall SVB 03!

Dagegen führte allein die öffentliche Diskussion zur sogenannten „GABI-Affäre“ nach zählbaren Verwaltungsreaktionen tatsächlich zu einer Abstellung der Mängel, obwohl es hierbei letztendlich um einen vergleichsweise geringen Schaden für die Stadt ging.